

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 9 | 15. Mai 2020



Foto: Tobias Koch

1. Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beschlossen

Aus Anlass der Corona-Krise haben wir weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes beschlossen. Es wird eine dauerhafte Meldepflicht für Erkrankung an und Genesung von COVID-19 eingeführt; auch negative Labortests müssen künftig gemeldet werden. Damit wird die Analyse des jeweils aktuellen Infektionsgeschehens verbessert. Weiterhin wird der öffentliche Gesundheitsdienst und damit vor allem die rund 375 Gesundheitsämter in ganz Deutschland durch den Bund finanziell unterstützt. Zudem wird die Fortführung der Ausbildung und Prüfung in Gesundheitsberufen auch in Pandemiezeiten geregelt. Testungen in Bezug auf Covid-19 werden Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Zudem umfasst das Gesetz eine Verpflichtung für Pflegeeinrichtungen, ihre Beschäftigten gestaffelte Sonderleistungen (Pflegebonus) zu zahlen. Was das Gesetz übrigens nicht enthält:

Eine Impfpflicht oder die Einführung eines Immunitätsnachweises.

2. Rede zu jüdischer Militärseelsorge

Wir wollen eine rechtliche Grundlage zur Einführung jüdischer Militärseelsorge schaffen. Diese Woche haben wir den Vertrag, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland geschlossen wurde diskutiert. Dieser Vertrag für die jüdische Militärseelsorge orientiert sich an den Staatsverträgen mit der evangelischen und der katholischen Kirche. Analog zu den christlichen Militärbischöfensämtern wird ein Militärrabbinat in Berlin geschaffen. Nach rund hundert Jahren werden jüdische Seelsorger wieder in einer deutschen Armee wirken.

Als Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit und als Mitglied der Bundeswehr ist das für mich natürlich ein wichtiges Thema. In meiner Rede habe ich die Bedeutung der Militärseelsorge, besonders im Auslandseinsatz, hervorgehoben. Soldatinnen

und Soldaten stehen unter einer hohen seelischen Belastung. Sie setzen ihr Leben und ihre Gesundheit ein, vor allem im Auslandseinsatz. Bisher haben ausschließlich katholische und evangelische Geistliche die Soldatinnen und Soldaten – wenn diese es wünschten – betreut, und zwar unabhängig von deren Religion. Künftig werden auch Militärrabbiner diese Aufgabe wahrnehmen. Das fördert den interreligiösen Dialog. Vielen wird dadurch bewusst werden, wie nah die monotheistischen Religionen verwandt sind. Das kann Zerrbilder und Vorurteile abbauen.



Markus Grübel befürwortet: Interreligiösen Dialog auch bei der Bundeswehr fördern! (Quelle: Deutscher Bundestag)

3. Austausch zu Religionsfreiheit mit Abgeordneten

Mit Bundestagsabgeordneten der CDU und SPD habe ich mich zum Thema Religionsfreiheit ausgetauscht und über meine Arbeit als Beauftragter informiert. Dabei habe ich auch über Deutschlands Rolle im internationalen Einsatz für Religionsfreiheit berichtet.



Videocall statt Treffen am runden Tisch: Markus Grübel im Gespräch mit den Abgeordneten. (Foto: MIK)

4. Gespräch zur Situation von Frauen als Opfer von Gewalt

Heute habe ich mir gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Andreas Deuschle im Rahmen einer Telefonkonferenz mit kommunalen Entscheidungsträgern ein Bild über die Situation im Esslinger Frauenhaus und der Beratungs- und Interventionsstelle für Frauen die Opfer von Gewalt wurden, gemacht. Gudrun Eichelmann und Heike Liekam vom „Frauen helfen Frauen e.V.“ berichteten, dass sich seit der Lockerungen der Coronamaßnahmen vermehrt Frauen melden würden, die Schutz und Beratung suchen. Mit dem Bundesinnovationsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ stellt der Bund von 2020 bis einschließlich 2023 120 Mio. Euro zur Verfügung und trägt damit zur Weiterentwicklung der Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen bei.



Corona-Krise als Katalysator: Häusliche Gewalt nimmt zu, umso wichtiger werden Frauenhäuser, die Zuflucht bieten. (Foto: CLi)

Zahl der Woche

7.400 000 000

Regierungen von mehr als 40 Ländern haben auf der Geberkonferenz der EU am 4. Mai ihren finanziellen Beitrag zur Unterstützung im Kampf gegen das Coronavirus verkündet. Am Ende kamen 7,4 Milliarden Euro für die "Global Response"-Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weiterer Partner zusammen. Die Initiative will alle internationalen Bemühungen bündeln um Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19 zu erforschen, zu produzieren und anschließend gerecht zu verteilen. Deutschland beteiligt sich mit 525 Millionen Euro.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!